

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wertschätzender Abonnementspreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,66 M.;
bei jeder Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Ersch.-Bundest.)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 45 Pf., Familienanz. 18 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 53.

Berlin, Sonnabend, 11. Juli 1908.

Vierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Sozialpolitische Betrachtungen. — Nachträge zum internationalen Bergarbeiterkongress. — Arbeiterkuppelgesetz in Argentinien. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Teil. — Verbände-Teil. — Anzeigen-Teil.

Sozialpolitische Betrachtungen.

Wenn die Parlamente in die Sommerferien gegangen sind und das öffentliche Leben weniger stark pulsiert, dann beginnt für die Zeitungsschreiber die schreckliche Sauregurkenzeit, in der es ihnen hin und wieder an dem geeigneten Material für ihr Blatt fehlt. Dann legen sie sich hin, fangen an zu philosophieren und tiefgründige Betrachtungen anzustellen über die Schlechtigkeit der Welt. Was ein echtes Scharfmacheramt ist, das benutzt die Gelegenheit, seinem bedrängten Herzen Luft zu machen über die Unerfahrenheit und Verantwortungslosigkeit der Arbeiter, die trotz allen Entgegenkommens seitens der Regierung und seitens der Arbeitgeber niemals zufriedengestellt werden können.

In einer solchen Lage befinden sich offenbar die „Hamburger Nachrichten“, ein Blatt, das man während der Amtstätigkeit des Fürsten Bismarck mit Recht als dessen Leibpfeil bezeichnete, und das auch heute noch an den „Traditionen“ des ersten Reichskanzlers festhält. Der neue Kurs behagt dem Blatte nicht, und von Zeit zu Zeit gibt es einen Stoßfeuer aus sich, um seiner Mißstimmung über die jetzigen Zustände Ausdruck zu verleihen. Da hat anlässlich des 20jährigen Regierungsjubiläums des Kaisers die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ einen Artikel losgelassen, der sich besonders eingehend mit der Sozialpolitik des Reiches beschäftigt. Dieser Artikel hat es dem Hamburger Blatt angetan und seinem Redakteur die Feder zur Kritik in die Hand gedrückt. Darin heißt es: „Seit Jahren erschallen die Klagen immer lauter und in immer weitere Kreise, daß unsere Sozialpolitik in einer höchst einseitigen Begünstigung einer einzelnen Bevölkerungsklasse verfallen sei.“ Fürst Bismarck hätte dazu niemals seine Hand geboten. Ihm sei es nur darauf angekommen, die handarbeitenden Klassen gegen schwere wirtschaftliche Not infolge von Krankheit, Unfall und Invalidität sicher zu stellen. „Niemand aber würde er es verantwortet haben, darüber hinaus die Lage der Arbeiter auf Kosten anderer durch den Zwang des Gesetzes künstlich zu heben, obendrein mit der sicheren Aussicht, dadurch nur die Macht der Sozialdemokratie zu stärken. Hier liegt die tiefe Kluft, welche die Bismarcksche Sozialpolitik von der seiner Nachfolger trennt.“

Die „Hamburger Nachrichten“ schildern dann, wie Kaiser Wilhelm II., von einem hohen Idealismus und Glauben an das Gute im Wesen des Menschen befeelt, die Hoffnung genährt habe, durch die Sozialpolitik dem weiteren Vordringen der Sozialdemokratie Einhalt zu tun, daß er aber nach den gemachten Erfahrungen sicherlich inzwischen zu einer anderen Auffassung gelangt sein müsse. Denn gerade die Sozialdemokratie habe während der Regierungszeit Wilhelms II. ihre Anhängererschaft vervierfacht. Und dann fährt das Blatt fort:

„Das ist einwillen die Frucht der ausgekreuzten Saat, und es ist schlechterdings kein Anhaltspunkt zu erblicken, auf den gehlüt sich ein Umschlagen der bisherigen Erfahrung in ihr Gegenteil erwarten ließe. Daß es so gekommen, ist freilich nicht die Schuld des Uebermaßes an sogenannter Sozialreform

allein; noch viel stärker vielleicht hat dazu die Unterlassung jeder ernsten Bekämpfung der Sozialdemokratie mit anderen als nur rednerischen Waffen beigetragen. Fürst Bismarck trat an die Arbeiterversicherungsgesetzgebung erst heran, als das Sozialistengesetz in voller Wirksamkeit stand; er betrachtete beides als ungetrennte Korrelate. Nach seiner Unterlassung hat man auf das Sozialistengesetz verzichtet und niemals irgendwelchen Ersatz an seine Stelle gesetzt. Mit dem bloßen schmerzlichen Bewahren, und wenn es noch so heizbewegend zum Ausdruck käme, wird man nimmermehr den Zustrom zu den sozialdemokratischen Kassen hemmen. Es gibt gegen ihn kein anderes wirksames Mittel als dies: Zunächst keine Gesetze zu machen, welche die Sozialdemokratie, wenn auch ungewollt, stärken, und dann Gesetze zu machen, die die Sozialdemokratie zurückzudrängen und zu verdrängen bestimmt sind.“

Mit anderen Worten also: Die nach Ansicht des Hamburger Blattes allzu übereifrige Sozialpolitik auf der einen Seite und das Fehlen einer Ausnahmegegesetzgebung auf der anderen Seite, haben die Sozialdemokratie großgezogen. Man begegnet einer derartigen Auffassung in Scharfmacherkreisen sehr häufig, und wir schmeicheln uns auch gar nicht mit der Hoffnung, durch unsere weiteren Ausführungen jene Auffassung endgültig beseitigen zu können. Das kann uns aber nicht hindern, das Irrtümliche derselben mit knappen Zügen nachzuweisen.

Es wird immer soviel von der deutschen Sozialpolitik erzählt und hervorgehoben, daß Deutschland auf diesem Gebiete allen anderen Ländern voranmarschiere. In gewisser Beziehung mag das zutreffen, womit aber noch lange nicht gesagt ist, daß bei uns an sozialen Reformen nichts mehr zu leisten ist. Unsere Arbeiterversicherung, die uns in erster Linie den Vorsprung vor den übrigen Nationen verschafft hat, ist keineswegs derartig ausgebaut, daß sie als Ideal gelten könnte. Der seitherzeit gefallene Ausspruch, daß durch die Arbeiterversicherung die Existenz des Arbeiters bis in das höchste Alter hinein gesichert sei, hat in der deutschen Arbeiterschaft keinen Widerhall gefunden. Sonst würden ja auch die Wünsche auf eine schnelle Reform der Arbeiterversicherung nicht so unaufhörlich laut werden. Die Scharfmacher allerdings jammern von jeher über die ungeheuren Lasten, die dem Unternehmertum dadurch auferlegt würden. Was aber den Arbeitern dadurch geboten wird, das ist sehr häufig zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel.

Man sollte aber vor allen Dingen an Eines denken, daß nämlich die soziale Gesetzgebungsmaschine schon seit geraumer Zeit fast völlig zum Stillstand gekommen ist. Von einem Automobiltempo kann längst nicht mehr die Rede sein, man könnte viel eher von einem Schneeschritt reden. Was ist denn z. B. in der letzten Reichstagsperiode auf sozialpolitischem Gebiete geschaffen worden? Außer dem Reichsvereins- und Versammlungsgesetz nichts, und auch dieses Gesetz erfreut sich doch wahrhaftig nicht des ungeteilten Beifalls der Arbeiter. Im Gegenteil! Diejenigen Fortschritte, die es bringt, mühen erkauft werden mit Bestimmungen, die keineswegs im Interesse der Arbeiterschaft liegen. Sonst ist wohl eine Reihe von zum Teil recht bedeutsamen Gesetzentwürfen an den Reichstag gelangt; erledigt worden ist aber nichts. Den wenigen sozialpolitischen Fortschritten, die der Reichstag endgültig beschlossen hat — wir erinnern an die Änderung des § 63 des Handelsgesetzbuches und an die Einführung von Handelsinspektoren — hat der Bundesrat seine Zustimmung verweigert. Also

positive Leistungen sind nicht aufzuweisen, und so geht es schon seit einer ganzen Reihe von Jahren. Von der Reform der Arbeiterversicherung wird wer weiß wie lange schon geredet. Die Witwen- und Waisenerversicherung, die im Jahre 1910 ins Leben treten soll, hat wahrlich auch keine rosigten Aussichten. Die Wünsche der Arbeiter auf Ausbau und Sicherung ihres Koalitionsrechtes, auf gesetzliche Anerkennung der Arbeiterberufsvereine, auf gesetzliche Regelung des Tarifvertragswesens, um nur die wichtigsten anzuführen, sind unberücksichtigt geblieben. Es könnte eine ganze Liste aufgestellt werden von berechtigten Forderungen, deren Erfüllung noch in weiter Ferne liegt. Wie man angefaßt dessen von einem Uebermaß an Sozialreform sprechen kann, ist uns schlechterdings unbegreiflich. Wir wundern uns deshalb auch nicht, daß in der Arbeiterschaft eine von Jahr zu Jahr wachsende Mißstimmung und Unzufriedenheit Platz greift, die noch gesteigert wird durch die verkehrte Wirtschaftspolitik, die seit Jahren von der Reichsregierung getrieben wird und die die Hauptursache der allgemeinen Teuerung bildet. Die Folge dieser Mißstimmung und Unzufriedenheit äußert sich dann in dem Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmzahlen bei den Wahlen. Denn das steht fest, daß viele von denjenigen, die heute sozialdemokratisch wählen, es nicht aus Ueberzeugung tun, sondern nur um ihrer Verärgerung Ausdruck zu verleihen. Das mag verwerflich sein, entspricht aber den Tatsachen. Deshalb sind wir auch der Ueberzeugung, daß, wenn im Winter die Regierung in ihren Reichsfinanzreformplänen es ablehnte, das Reichsdefizit durch direkte Steuern zu decken, und zu weiteren indirekten Steuern greift, welche die schwächeren Schichten belasten, dann ein Sturm der Entrüstung losbricht und die Zahl der sozialdemokratischen Anhänger nur noch vermehrt wird.

In diesen Verhältnissen liegen die wahren Ursachen für das Anwachsen der Umsturzpartei, nicht aber auf einer Ueberspannung der Sozialpolitik. Die vorhandene Unzufriedenheit kann aber beseitigt werden, wenn man berechtigten Wünschen ein geneigtes Ohr schenkt. Mit Ausnahmegeetzen erreicht man nichts, wohl aber, wenn man auch dem Arbeiter die volle bürgerliche und soziale Gleichberechtigung gewährt. Davon sind wir leider noch sehr weit entfernt, wie u. a. auch die Geschichte der preussischen Wahlrechtsreform zeigt.

Nachträge zum internationalen Bergarbeiterkongress.

Das „Zentralblatt“ der christlichen Gewerkschaften Deutschlands beschäftigt sich in seiner letzten Nummer mit dem internationalen Bergarbeiterkongress, wobei es seiner Verwunderung über die Stellungnahme der Vertreter der polnischen Berufsvereine und unseres Gewerkevereins der Bergarbeiter bei den Punkten: „Internationaler Festtag“ und „Gesetzgebung“ (Stellung der Bergarbeiter bei Wahlen zu gesetzgebenden Körperschaften) Ausdruck verleiht. Daß wir teils der christlichen Gewerkschaften in ein schiefes Licht gestellt würden, hatten wir uns gleich von vornherein gesagt. Denn das geschieht immer, wenn dieselben nicht beteiligt sind. Nur sie allein nämlich sind immer diejenigen, die wissen, was zu tun und was zu lassen ist. In dem betreffenden Artikel des Zentralblattes heißt es:

„Der Verlauf des Kongresses zeigte auch, daß der Gewerkeverein recht handelte, als er einer „einseitigen Ber-

retung" aus Deutschland nicht anzuhören wollte. Er kann doch den sozialdemokratischen Ausführungen der sozialdemokratischen Verbände nicht zustimmen. Hier seien nur die Ausführungen des Abg. Sadje zur Kaiserfeier erwähnt. Wenn die Vertreter des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins und der Polnischen Berufsvereinigungen ihnen stillschweigend zustimmen, so ist das deren Sache."

Dieses ist ein Schulbeispiel für das Vorkommen in den christlichen Gewerkschaften. Ist es den christlichen Vertretern jemals eingefallen auf den Bergarbeitertagen oder Redierkonferenzen die Verantwortung für die sozialdemokratischen Ausführungen zu übernehmen? Unsere Stellung zur Kaiserfeier ist zu bekannt, als daß wir nötig hätten, darüber noch ein Wort zu verlieren und dies umso mehr, als schon von vornherein feststand, daß der Antrag dem internationalen Komitee überwiesen wurde.

Bezüglich des Punktes „Gesetzgebung“ schreibt das „Zentralblatt“:

„Recht lehrreich ist auch die Zustimmung der Hirsch-Dunderschen und der Polen zu der Resolution über das Verhalten bei politischen Wahlen. In der Resolution werden die Berufsinteressen als das höchste und Entscheidende bei politischen Wahlen hingestellt, während doch in Wirklichkeit nicht die wirtschaftlichen Fragen, sondern höhere ideale Gründe den Ausschlag geben. Es kann sich doch hierbei um einen Kampf für oder gegen nationale oder religiöse Ideale handeln. Diese können doch nicht den einzelnen Berufsinteressen unterstellt werden. Trotzdem lassen sich die Hirsch-Dunderschen wie die Polen für eine solche Resolution gewinnen.“

Das „Zentralblatt“ scheint vergessen zu haben, was es selbst im vorigen Jahre zu diesem Punkte geschrieben hat, als der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter auf dem Kongress vertreten war. Da schrieb es:

„Die Vertreter des Gewerbevereins enthalten sich der Abstimmung und erklären, sie seien wohl dafür, daß bei Wahlen jeder einzelne darauf hinwirkt, daß solche Kandidaten aufgestellt und gewählt werden, die für unsere berechtigten Forderungen eintreten. Dem Antrag könnten sie aber nicht zustimmen, weil er die Organisation verpflichtete, im Sinne der Resolution zu wirken. Eine solche Verpflichtung kann der Gewerbeverein nicht übernehmen. Bei den Wahlen entscheiden nicht nur Berufsfragen, sondern recht oft andere politische und andere ideale Gründe.“

Hier wird also ausdrücklich erklärt, sie (die christlichen Vertreter) seien wohl dafür, daß bei Wahlen jeder einzelne Bergmann darauf hinwirkt, daß solche Kandidaten aufgestellt und gewählt werden, die für unsere berechtigten Forderungen eintreten.“

Ein weiteres will aber auch der Antrag nicht. Er lautet in beiden Jahren:

„Dieser Kongress empfiehlt allen Bergarbeitern, bei allen Wahlen zu geschätzten Körperpersonen nur solche Kandidaten zu unterstützen, die sich ehrenwürdig verpflichten, im Falle der Wahl energisch für die gesetzliche Bewilligung der Bergarbeiterforderungen einzutreten, deren unbedingte Notwendigkeit von dem internationalen Bergarbeiterkongress anerkannt ist.“

Der Antrag spricht also nur von allen Bergarbeitern und nicht von allen Bergarbeiterorganisationen.

Was soll die Redemendung: „Bei den Wahlen entscheiden nicht nur Berufsfragen, sondern recht oft andere politische und ideale Gründe?“ Soll damit gesagt sein: Wenn eine politische Partei den Grafen Ballestrem oder den Fürsten Henkel von Donnersturm, oder einen sonstigen Industriemagnaten, der in der Unterdrückung der Bergarbeiterwünsche das Menschenmögliche leistet, oder einen Arbeitervertreter a la Behrens, der nach Industriemagnaten in dem Reichstag schreit, als Abgeordneten aufstellt, so sind für den Kumpel nicht Berufsfragen, sondern andere politische und ideale Gründe entscheidend?

Wir sind der Meinung, daß die politischen Parteien Abgeordnete genug haben können, die die Bergarbeiterforderungen freudig neben den „anderen politischen“ und „ideellen“ Forderungen zu vertreten gewillt sind. Erst wenn uns nachgewiesen wird, daß es an solchen mangelt, werden wir verstehen, warum das Wort „Organisation“ in diese Resolution von den Christlichen hineingelegt ist.

Das fromme Augenaufschlagen kommt aber auch reichlich spät. Denn auch im vorigen Jahre haben die Polen und der Vertreter unseres Gewerbevereins für den gleichen Antrag gestimmt, ohne daß sich ein christliches Organ mißbilligend darüber geäußert hätte. Das „Zentralblatt“ hat also nur wieder einmal das Bedürfnis gehabt, uns in der Öffentlichkeit etwas anzuhängen und die Christlichen als die alleinigen Vertreter alles Guten und Edlen in empfehlende Erinnerung zu bringen. Gesundheit!

Arbeiterschutzgesetz in Argentinien.

Im Herbst vorigen Jahres ist in der südamerikanischen argentinischen Republik ein Arbeiterschutzgesetz erlassen worden, das wenigstens den elementarsten Schutz für gewerblich tätige Frauen und Kinder vorsieht. Das Lebensalter, von welchem ab Kinder beschäftigt werden dürfen, beginnt standeser-

weise bereits vom zehnten Jahre ab. In dessen sollen über zehnjährige Kinder nicht beschäftigt werden dürfen, wenn sie noch schulpflichtig sind. Freilich ist auch davon eine bezeichnende Ausnahme zugelassen. Sie müssen die Erlaubnis zur Beschäftigung erhalten, falls die Arbeit zum Lebensunterhalte ihrer selbst, ihrer Eltern oder Geschwister nötig ist. (!) Man sieht, daß das Gesetz dem berühmten Nichtenbergischen Messer ähnelt, an dem Klinge, Schale und alles andere fehlen.

Kinder unter 16 Jahren sollen nicht zur Nachtzeit oder zu Arbeiten herangezogen werden, welche ihrer Gesundheit, Erziehung oder Sittlichkeit gefährlich sind. Die Ortsbehörden können eine medizinische Untersuchung von Kindern anordnen, die im Handel oder der Industrie beschäftigt werden — wie gewöhnlich, nicht auch der Landwirtschaft! — und die Ausschließung von denjenigen Kindern beschließen, deren Gesundheit oder normale Entwicklung durch Arbeit gehindert wird. Ebenso sollen die Ortsbehörden die Arbeit von Arbeiterinnen und Kindern im Interesse von Gesundheit, Sicherheit, Erziehung und Sittlichkeit regulieren, ebenso die Befehle und Leiter von industriellen und gewerblichen Unternehmungen.

Für die Hauptstadt der Republik, Buenos-Ayres, werden besondere Bestimmungen getroffen. Kinder von 12 Jahren und darunter dürfen überhaupt nicht beschäftigt werden, ebensowenig Kinder unter 16 Jahren oder Arbeiterinnen bei einer Arbeit, die als gefährlich oder ungesund von der Behörde bezeichnet wurde. Auch ist deren Nachtarbeit von 9 Uhr nachmittags bis 6 Uhr vormittags verboten. Für Kinderarbeit ist auch eine Maximalarbeitszeit von 8 Stunden täglich vorgeschrieben. Arbeiterinnen und Kindern muß eine mindestens zweistündige Mittagsruhepause gewährt werden, falls ihre Arbeit auf den Nachmittag herübergreift. Für Arbeiterinnen muß, soweit es die Beschäftigung zuläßt (!), Sitzgelegenheit geschaffen werden. Arbeiterinnen in Fabriken soll erlaubt werden, dreißig Tage nach Geburt eines Kindes abwesend zu sein; ihr Platz muß ihnen offen gelassen werden.

Die Strafen für Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz sind ziemlich hoch bemessen und setzen bereits mit 50 Dollars ein, sie steigen in schwereren Fällen der Beschäftigung von Kindern von 100 bis auf 1000 Dollars Strafe.

Man kann ja als ersten Schritt der Arbeiterschutzgesetzgebung wenigst noch erst halb kultivierten Staates mit noch wenig entwickelter Industrie nicht allzu viel erwarten. Immerhin wäre das Gesetz freudig zu begrüßen als Anfang, auf dem sich fortbauen ließe, wenn eine gute Kontrollinstanz bei den Behörden, Gerichten, besonderen Aufsichtsbeamten etc. und nicht zuletzt in den Arbeiterorganisationen vorhanden wäre, deren Dasein eigentlich doch erst verbürgt, daß derartige Schutzgesetze nicht bloß auf dem Papier bleiben. Allein in dieser Beziehung scheint es in Argentinien zu fehlen.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 10. Juli 1908.

Die Errichtung eines Reichs Kaufmannsgerichts als höchste Instanz bei Streitigkeiten zwischen Handelsangehörigen und Prinzipalen wird von zahlreichen Handlungsgehilfen und deren Organisationen sehr lebhaft gewünscht, um eine größere Einheitlichkeit in der Rechtspflege und der Kaufmannsgerichte herbeizuführen. Gegen diesen Plan hat nun der Zentralausschuß Berliner Kaufmannsvereine, gewerblicher und industrieller Vereine mobil gemacht und in seiner letzten Sitzung sich dahin ausgesprochen, daß als oberster Grundsatz gegenüber allen Vorfahrungen auf Schaffung von obersten Sondergerichtshöhen die Rechts einheit und die Einheit der Rechtsprache gewahrt werden müsse, daß weiterhin, abgesehen von diesem entscheidenden Prinzip, technische und formale Schwierigkeiten im Wege stehen, und daß die Einführung der Berufung die Angestellten gegenüber den kapitalkräftigeren Prinzipalen notwendigerweise benachteiligen müsse.

Diese Rücksicht auf die armen Angestellten ist geradezu rührend. Merkwürdig, daß diese selbst davon gar nichts wissen wollen und in ihrer übergroßen Mehrzahl an der Forderung eines Reichs Kaufmannsgerichts festhalten!

Das neue Reichsvereinsgesetz scheint manchen Behörden recht viel Kopfschmerzen zu verursachen. Sie können sich offenbar an die veränderten Zustände noch gar nicht gewöhnen. Die Thorer Polizeiverwaltung scheint es namentlich schmerzlich zu empfinden, daß die Versammlungen ihr nicht mehr angemeldet zu werden brauchen, und ist auf folgenden eigenartigen Ausweg verfallen. Sie hat einfach an sämtliche Inhaber von Versammlungslotolen „verfügt“, daß diese ihr jede Versammlung „in sanitäts- und sicherheitspolizeilichem Interesse“ bei Strafe von 30 Mark 24 Stunden vorher anmelden müssen.

Die Polizeiverwaltung in Thorn konstruiert sich also einfach eine Anmeldepflicht der Lokalbürger. Das

ist natürlich ungeschicklich, und es darf wohl kaum ge zweifelt werden, daß sie deswegen sofort in die gebührenden Schranken zurückgewiesen werden wird. Jedenfalls tragen derartige Vorkommnisse nicht dazu bei, daß chnehin nicht sehr beliebte Gesetz populärer zu machen.

Der Verband der bayerischen Metallindustriellen hat in der Tat seinen Beschluß betreffs Aussperrung der organisierten Handlungsgehilfen und technischen Beamten nicht zurückgezogen. Auf eine diesbezügliche Anfrage des Vorstandes des Bundes der technisch-industriellen Beamten hat der Vorstand des bayerischen Unternehmerverbandes telegraphisch geantwortet:

„Nachrichten in der Presse wegen der Aufhebung der Entlassungen sehen wir fern. Unser Standpunkt im Beschlusse vom 13. Juni gekennzeichnet, werden beteiligten Verbänden beschlussmäßig später Gelegenheit zur Klärung gegenseitiger Stellungnahme geben.“

Die Scharifmacher sind Wind und werden Sturm ernten, denn die betreffenden Organisationen werden sicherlich alles aufbieten, um das Attentat auf ihr Koalitionsrecht energisch zurückzuweisen.

Der Bund deutscher, österreichischer und Schweizer Brauereigesellen hielt vergangene Woche in Frankfurt a. M. seinen 12. Delegiertentag ab. Die Berichte der aus allen Teilen Deutschlands erschienenen Delegierten ließen eine weitere Entwicklung des Bundes erkennen; die Zahl der mit den Arbeitgeber ab geschlossenen Tarifverträge hat sich wesentlich vermehrt. Der Bund zählt gegenwärtig 48 Vereine mit 3400 Mitgliedern (gelernten Brauern). Dem Tätigkeitsbericht des Bundesvorsitzenden König-Weipzig, der in anschaulicher Weise über die Arbeiten des Bundesvorstandes Aufschluß gab, folgten der Bericht des Bundesbeamten E. Siegert-Weipzig und des Verwalters der Wohlfahrtsklassen des Bundes S. Bayerl-Berlin. Das Gesamtvermögen der Kassen beträgt danach 127 195,58 M. Den Bericht der Rechtschutz- und der Redaktionskommissionen erstattete W. Lindner-Berlin. Von den gefassten Beschlüssen sind folgende hervorzuheben: Dem Bundesvorstande wurde ein größerer Einfluß auf die innere Geschäftsführung der Bundesvereine zugesprochen, die dem Bundesvorstande mitzuteilen haben, welcher größerer, ihnen nahestehenden Organisation sie sich zuzuwenden beabsichtigen. Der Bundesvorstand hat dafür Sorge zu tragen, daß die Bundesvereine mehr für die gewerkschaftliche Schulung ihrer Mitglieder durch geeignete Vorträge sozialpolitischen und volkswirtschaftlichen Charakters tun. Er hat ferner die Errichtung von Schiedsgerichten zur Schlichtung von Streitigkeiten in den Vereinen anzuordnen und entscheidet über etwa angefochtene Schiedssprüche. Eine eingehende Besprechung fand über den weiteren Ausbau der Wohlfahrtsklassen statt. Als Bundesvorsitzender wurde König-Weipzig einstimmig wiedergewählt, ebenso der Verwalter der Bundeskasse Bayerl und der Vorsitzende der Rechtschutzkommission Lindner. Als Ort für den nächsten Delegiertentag im Jahre 1910 wurde Dresden gewählt.

Arbeiterbewegung. Bei der Firma Gebr. Gebauer in Berlin sind Lohn Differenzen entstanden, die zur Entlassung sämtlicher Former und Gießereiarbeiter führten. — Die bis zum 1. Oktober geltenden Tarifverträge der Löhner und Hilfsarbeiter in Belten sind am 1. Juli sämtlich von den Unternehmern gekündigt worden. — Die Maschinisten und Feizer der holländischen Rheinischepolder sind in den Streit getreten, da die Unternehmer die vorgeschlagenen Tarifänderungen abgelehnt haben. Die Folge ist, daß die Schleppböden ganz erheblich gestiegen sind. — Ein Streik der Maurer ist infolge Lohn Differenzen in Quickborn (Hollstein) ausgebrochen. Die Arbeitgeber weigern sich, die von den Arbeitern geforderte Lohn Erhöhung von 57 auf 60 Pfg. pro Stunde zu zahlen.

Der Streik der Gasarbeiter in Budapest ist beendet, nachdem die Gasanstalt durch Vermittlung der Regierung sämtliche Arbeiter wieder eingestellt hat, ausgenommen diejenigen, die sich während des Streiks Ausschreitungen hatten zuschulden kommen lassen.

Es ist erreicht! Wegen zweier Artikel in Nr. 13 des „Regulator“, die sich mit der Person des Herrn Schilde, Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiterverbandes, beschäftigten, hatte dieser die Klage gegen den Kollegen Gleichauf wegen Beleidigung angehängt. In der am 7. d. Mts. in Berlin stattgehabten Schöffengerichtsverhandlung lehnte Gleichauf zunächst den Vorsitzenden des Schöffengerichts wegen Befangenheit ab. Der Antrag wurde jedoch verworfen und in die Verhandlung eingetreten. Unter diesen Umständen erklärte Gleichauf auf jede Verteidigung zu verzichten, da er ja doch auf die höhere Instanz gehen müsse, und wies nur einen Angriff des gegnerischen Rechtsanwalts auf seine Person zurück. Das Schöffengericht verurteilte nach kurzer Beratung den Kollegen Gleichauf zu einem Monat Gefängnis.

Gewerkevereins-Liedertafel (S. D.). Jeden Donnerstag abends 9-11 Uhr, Nebungshunde 12 Verhandlungs- u. Gesangs-Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — **Diskutterklub Moabit.** Freitag, 17. Juli, abends 8 1/2 Uhr Sitzung bei Rodau, Waldstr. 58. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter XII.** Der Jubiläumstag fällt am 11. wegen des Sommerfestes im Morienhof-Theater auf. Am Montag, 13., abends 8 Uhr, Jubiläum bei Lehmann, Brunnenstr. 119. — **Bildhauer.** Montag, 13. Juli, abends 9 Uhr Versammlung bei Preuß, Dresdenerstr. 10. Sonntag, 19. Juli, früh 6 1/2 Uhr ab Schlesischen Bahnhof Herrenparade nach Erkner-Altbuchdorf.

Rixdorf I. Maschinenbau- und Metallarbeiter. Nächste Versammlung Sonnabend, 11. Juli, abends 9 Uhr im Vereinslokal, Jägerstr. 77. 1. Geschäftliches. 2. Bericht. 3. Abstimmung über Abhalten des Stiftungsfests.

Orts- und Bezirksverbände.

Herne (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Bild Schulte-Wattler, Diskutterklub. — **Kachen (Diskutterklub).** Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Diskutterabend bei Leichter, Ecke Hansemannplatz und Jülicherstraße. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, ab 8 1/2 Uhr präz., in Hüttenmanns Hotel, Poolstraße Diskutterklub. — **Evandus (Diskutterklub der Deutschen Gewerkevereine, S. D.).** Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Vereinslokal zur Palme, Ritterstraße, Sitzung. Gäste willkommen. — **Gelsenkirchen (Sängerkor der Deutschen Gewerkevereine).** Jeden Sonnabend, abds. 9 Uhr, Probe, im Verkehrslokal Pieper (früher Elerich), Schalter- und Florastragen-Ecke. Gäste herzlich willkommen. — **Dresden (Diskutterklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sandlerbräu, Webergasse 28, statt. Gäste willkommen. — **Braunenburg a. O. (Diskutterklub).** Die Sitzungen finden jeden 1. und 3. Freitag im Monat, ab 8 1/2 Uhr, statt. — **Hagen u. Umg. (Diskutterklub).** Jetzt jeden Donnerstag, abends Punkt 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strohmayer, Kirch- und Bergstrassen-Ecke. — **Kachen (Ortsverband).** Jeden dritten Sonntag im Monat, vormittags 11 Uhr, Vertreterversammlung im Kachen Restaurant „Zur Post“, Jülicherstraße 72. — **Köln (Diskutterklub).** Sitzung jeden Donnerstag, abends 9 Uhr, im Restaurant „Water Kolping“, Eifergasse. — **Cottbus (Diskutterklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Nobel, Berlinerstr. 120. — **Hamburg (Diskutterklub).** Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Paetow, Kaiser Wilhelmstraße. — **Duisburg (Ortsverband).** Jeden Montag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr, Diskutterklub bei B. Eisenburger, Banheimerstraße. — **Mülheim a. Ruhr (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vorm. 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Wirt Joh. Möller, Sandstr. 38. — **Krefeld (Ortsverband).** Sonntag, 12. Juli, abends um 6 Uhr Vertreterversammlung bei Kübler, Westwall. — **Hannover-Kinder- und Jugendklub (Ortsverband).** Sonntag, 19. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr, Wanderverbandsversammlung im Saale des Herrn Struwmeyer in Wülfe, Tischkampstr. 11, Gaststube der Straßenbahn „Zur Post“. Referent Kollege Runge-Hannover. S. D. daselbst.

Änderungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Barth (Ortsverband). Max Dunler, Vorsitzender, Chausseestr. 611; Albert Beckmann, Schriftführer, Bahnhöfstr. 5541; Herrmann Süßke, Kassierer, Barthstr. 672. — **Mathesow (Ortsverband).** Max Fischer, Schriftführer, Homburgstr. 211. — **Heidelberg (Ortsverband).** Julius Kintlin, Schriftführer, Redarkhofen Nr. 18. — **Freiburg i. Schl. (Ortsverband).** Gustav Spiller, Ortsverbandsschriftführer, Grabenstr. 9. — **Bitterfeld (Ortsverband).** Rechtsauskunftsstelle bei Jul. Reumann, Weinbergstr. 11. Sprechstunden an Wochentagen von 6 Uhr abends ab und Sonntags von 6-12 Uhr vormittags.

Adressen
der Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftsstellen und Auskunftsbureaus der Deutschen Gewerkevereine.
 Nachstehend geben wir die uns bisher übermittelten Adressen der Arbeitersekretariate usw. bekannt. Als Arbeitersekretariate gelten Materielle Gelegenheiten mit einem eigens angestellten Beamten und mit täglichen Sprechstunden während des ganzen Tages. Rechtsauskunftsstellen sind nebenamtlich versehenen Auskunftsstellen, die aber auch in der Regel täglich feste bestimmte Sprechstunden bei Tageszeit abhalten; meist werden sie von Agitationsbeamten der einzelnen Gewerkevereine versehen. Auskunftsbureaus sind Auskunftsstellen, die von einem noch im Arbeitsverhältnis stehenden Kollegen nach der Arbeitszeit versehen werden. Wo die Angaben unvollständig sind, oder wo außer den Genannten noch Arbeitersekretariate usw. bestehen, bitten wir uns das noch mitzuteilen.

Arbeitersekretariate.

Stadt	Bezirk, für den das Sekretariat errichtet ist:	Adresse:	Das Bureau ist geöffnet:	
			Wochentags	Sonntags
Kachen	Ortsverband Kachen	Khalbersteinweg 71	10-1 u. 5-7	nicht
Düsseldorf	" Düsseldorf	Zimmermannstr. 41	10-1 u. 5-7	nicht
Duisburg	" Duisburg	Ruhrortstr. 58.	10-1 u. 4-7	nicht
Magdeburg	" Magdeburg	Katharinenstr. 2/3	9-11 u. 5-7	11-1
Rürnberg	" Rürnberg	Salpaz 35	11-1 u. 5-7	nicht

Rechtsauskunftsstellen.

Stadt	Zur Benutzung für:	Adresse:	Das Bureau ist geöffnet:	
			Wochentags	Sonntags
Augsburg	Gewerkeverein der Maschinenbauer	Jakoberstr. G. 1 I	9-1 u. 8-6	nicht
Augsburg	" " Fabrik- und Handarbeiter	Reutingerstr. D. 128	?	?
Berlin	" " Kaufleute	Dresdenerstr. 80	2-4	?
Bitterfeld	Ortsverband	Weinbergstr. 11	von 6 Uhr ab	6-12 vorm.
Danzig	Gewerkeverein der Tischler	Brabantstr. 12 II	?	?
Dresden	Ortsverband	Webergasse 28	11-1	11-12
Dortmund	Gewerkeverein der Maschinenbauer	Zimmerstr. 4	?	?
Erlang	" " "	Holländer Chaussee 19	?	?
Erfen	Ortsverband	Postallee 16	9-1	nicht
Gelsenkirchen	Gewerkeverein der Maschinenbauer	Industriest. 18	?	?
Gleiwitz	" " "	Bernhardiplatz 5	?	?
Grätz	" " "	Leipzigerstr. 15	12-2	10-2
Hagen	" " "	Eiberfelderstr. 58	8-1 u. 3-7	nicht
Halle a. d. S.	" " "	Korffstr. 33	?	?
Hannover	Ortsverband Hannover-Kinder	Bahnenwalderstr. 89 a	Wochentag u. Freitag 7-8 ab.	?
H. Glöckner	Gewerkeverein der Textilarbeiter	Neufferstr. 188	10-1 u. 5-7	nicht
Rattowitz	" " Maschinenbauer	Hohenjollerstr. 3	?	?
Röln	" " "	Seydewitzstr. 113	9-1 u. 8-6	nicht
Riespitz	" " "	Seeburgstr. 25/27	9-11 u. 4-8	?
Siegen	" " Tischler	Dänemarkstr. 80 a	?	?
Hinden	Ortsverband Hannover-Kinder	Davenhaderstr. 45.	Dienstag u. Donnerstag 7-8 ab.	?
Mannheim	Gewerkeverein der Maschinenbauer	J. 2 13/14 II	?	?
Mülheim-Styrum (Ruhr)	" " "	Marienstr. 9	9-1	nicht
Siegen	Ortsverband Siegen	Göggenstr. 8	6 1/2-8 1/2 abds.	nicht

Auskunftsbureaus.

Ort	Errichtet für:	Adresse:	Das Bureau ist geöffnet:	
			Wochentags	Sonntags
Ghemniz	Ortsverband Ghemniz	Rudolfstr. 42	12-1 u. 7-9	8-2
Döbeln	" Döbeln	Staupitzweg 1	6-8	9-11
Neuß a. Rh.	Maschinenbauer Neuß	Rheinwallstr. 13	?	?
Dibenburg	Ortsverband Dibenburg	Racervermannstr. 16	6-8 abends	?
Pirna	" Pirna	Heidenau, Schillerstr. 6	?	?
Roth a. S.	" Roth	Marktplatz 43	?	10-12
Stettin	" Stettin	Bredow, Wolfstr. 11 III.	7-9	9-12
Spremberg	" Spremberg	Wilhelmstr. 19	?	?
Sprottau	" Sprottau	Neufferstr. 24	7-8 abends	11-2
Striequ	" Striequ	Zauer Chaussee 13	6-8 abends	8-12
Waldburg	" ?	Gottbergerstr. 26	8-12 u. 2-6	nicht
Weigenfeld	Agitationsverband	Judenstr. 17	?	?

Von einer ganzen Reihe Rechtsauskunftsstellen und Auskunftsbureaus fehlen noch immer die Angaben über die Zeit der Sprechstunden. Hoffentlich wird die Lücke jetzt endlich ausgefüllt.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Barth (Ortsverband). Durchreisf. Gewerkevereinskollegen erh. 50 Pfg. Karten sind zu haben bei Herrn Süßke, Barthstr. 672. Arbeitsnachweis daselbst.

Hohenmölsen u. Umgegend (Ortsverband). Durchreisf. Gewerkevereinskollegen erhalten eine Reiseunterstützung von 50 Pfg. bei dem Ortsverbandskassierer Friedrich K o h l, Nordstraße Nr. 10. Karten bei dem Verbandskollegen Klempnermeister S c h r e i t e r, Süßnerstraße.

Wanzen. Durchreisende erh. im Winterhalbjahr 1 Mark und im Sommerhalbjahr vom 1. April bis 1. Oktober 75 Pfg. bei E. Serbe, Wenzelstraße 34.

Wofen (Ortsverband) gewährt durchreisenden, arbeitslosen Kollegen 75 Pfg. Unterstützung; zu erhalten ist dieselbe bei den Ortsvereinskassierern und bei Friedrich G e r l i c h, Breslauerstr. 20.

Bereinsvorstände! Vertrauensleute!

Am **Mittwoch, den 15. Juli, abds. 8 Uhr**, findet im großen Saale des Verbandshauses eine **gemeinsame Versammlung der Ortsvereinsvorstände und Vertrauensleute** Berlins statt.

Tagesordnung:
Unsere Beteiligung an der Gewerkegerichtswahl.

Es ist dringend notwendig, daß die Versammlung zahlreich besucht wird.

Die Gewerkegerichtswahl-Kommission:
 Körner. Erkelens.

Mülheim a. d. Ruhr (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Verpflegungskarten beim Gewerke- und Verkehrslokal: Wirt Joh. Möller, Sandstr. 38.

Hannau i. Schles. (Ortsverb.). Durchreisende Mitglieder erhalten eine Unterstützung von 75 Pfg. ausgezahlt beim Ortsverbandskassierer G. Rolle, Ring Nr. 14.

Stralsund (Ortsverb.). Herz. zur Heimat, Bleichstraße. Karten bei G. S u t o w s k i, Badenstr. 20.

Erfen (Ruhr). Herberge zur Heimat. Arbeitsnachweis u. Verpflegungskarten im Gewerkevereinsbureau, Strohnauerstr. 58.

Ortsverein der Maschinenbauer Berlin V.

Sonnabend, den 18. Juli cr., in „**Neue Welt**“, (Hafenstraße)

Großes Sommerfest u. Sommernachtsball.

Künstlerkonzert, Spezialitäten-Vorstellung,
 Kinderbelustigungen aller Art.
 Brillant-Feuwerk.

Wir bitten alle Verbandskollegen sich recht zahlreich an diesem Fest beteiligen zu wollen, da wir ihnen genuehrende Stunden zusichern können.

Das Komitee.
 J. A. G. Körner.

Stellenlofe

Handelshilfsarbeiter, Hausdiener, Facker u. erhalten Stellung nachgewiesen durch den **Arbeitsnachweis unseres Ortsvereins der Handelshilfsarbeiter.** Meldungen an den Kollegen Hilbert, Berlin SW., Roßstraße 56.